



14.08.2025

SGB II ist kein Spielball für politische Sommerloch-Debatten vbba warnt vor verantwortungsloser Symbolpolitik

Die vbba nimmt mit wachsender Sorge die aktuellen politischen Ideen zur Rückführung ukrainischer Geflüchteter in das Asylbewerberleistungsgesetz zur Kenntnis. „**Die Grundsicherung ist kein Spielplatz für politische Sommerloch-Debatten!**“ so Stephanie Rau, Stellvertretende Bundesvorsitzende der vbba beim Treffen des vbba-Arbeitskreises SGB II.



Die Beschäftigten in den Jobcentern haben 2022 unter großem Druck und mit hohem persönlichem Einsatz hunderttausende ukrainische Geflüchtete innerhalb weniger Wochen ins SGB II überführt. Diese Ausnahmesituation wurde politisch eingefordert und von der Praxis umgesetzt.

Die Fakten liegen auf dem Tisch:

Die Jobcenter haben sich auf die Integration von Geflüchteten im SGB II eingestellt – strukturell, personell und fachlich. Sie leisten Integration unter realen Bedingungen: arbeitsmarktorientiert, rechtskreisübergreifend und mit messbarem Erfolg.

Die Anzahl an Neuzugängen aus der Ukraine hat stark nachgelassen. Dass für die Neuzugänge nun funktionierende Systeme aufgebrochen und politisch instrumentalisiert werden, ist nicht nur realitätsfern, sondern verantwortungslos gegenüber allen Beteiligten – den Betroffenen sowie den Beschäftigten in den Jobcentern und Arbeitsagenturen. Die Anzahl rechtfertigt keine Systemumstellung und keinen politischen Aktivismus. Wer solche symbolischen Debatten führt, verfolgt keine sachliche Steuerung, sondern kurzfristige Effekte auf Kosten der funktionierenden Praxis.

Unsere Position ist klar:

- **Wer Sozialpolitik plant, muss auch Praxis mitdenken.**
Symbolpolitik auf Kosten der Beschäftigten lehnen wir ab. Stattdessen benötigt man Gesetzesinitiativen mit verbindlichem Zeit-, Umsetzungs- und Finanzierungsplan.
- **Wir fordern ein Ende der politischen Unverbindlichkeit.**
Wer Leistungszuständigkeiten neu ordnen will, muss auch Verantwortung übernehmen sowie die Kosten, Strukturen, Menschen und Folgewirkungen im Blick haben. Die Einbindung von Praktikern muss **VOR** politischen Entscheidungen erfolgen und mit der Möglichkeit, noch Einfluss zu nehmen.

Die Grundsicherung darf nicht zum Spielfeld politischer Taktik verkommen. Wer Gesetze beschließt, muss auch Verantwortung für ihre Umsetzung übernehmen – mit Weitblick, Planung und Respekt gegenüber den Menschen, die dieses System tragen.

Die vbba als Fachgewerkschaft in den Jobcentern erwartet klare Signale der Politik und ist bereit, ihre Stimme zu erheben, wenn aus Ideen Belastungen werden, die andere tragen sollen.

vbba – auch stark im SGB II
